

## BERLIN

19.08.2013

## KINDERBETREUUNG

# Saleh rückt von Kita-Pflicht für alle ab

Von Regine Zylka



Kitas sind eine Bildungseinrichtung, sagt SPD-Fraktionschef Raed Saleh.

Foto: dpa

**SPD-Fraktionschef rückt von seiner Maximalforderung einer allgemeinen Kita-Pflicht ab. Jetzt will er Kleinkinder nur noch dann in eine Tagesstätte schicken, wenn sie Defizite haben.**

Die SPD-Bildungspolitiker im Abgeordnetenhaus sind regelrecht begeistert von ihrem Chef. „Ich bin Raed Saleh wirklich sehr sehr dankbar, dass er diese Diskussions-Schneise geschlagen hat“, schwärmt etwa Lars Oberg, der den Arbeitskreis Bildung der SPD-Parlamentarier leitet. Ein

Fraktionsvorsitzender, der streitbare Forderungen wie die nach einer Kita-Pflicht für Kinder ab drei

Jahren aufstelle und sich durch Kritik nicht beeindrucken lasse – „Das ist für uns Bildungspolitiker ein Segen“, sagt er.

Obergs Begeisterung wirkt ein wenig übertrieben. Die neueste Entwicklung in dieser von ihm so hochgelobten Kitapflicht-Debatte deutet nämlich eher darauf hin, dass Saleh sich sehr wohl beeindrucken lässt. Noch in der Sommerpause hatte der SPD-Fraktionschef für eine allgemeine Kita-Pflicht plädiert und damit Proteste der Elternschaft provoziert. Der „Landeselternausschuss Kindertagesstätten“ wandte sich klar gegen ein solches Vorhaben. „Berliner Kitas sollen so attraktiv werden, dass Eltern sich gern und freiwillig entscheiden, ihr Kind in einer Kita betreuen zu lassen“, schrieb der Ausschuss-Vorsitzende Norman Heise an Saleh.

## Nicht mehr alle

Jetzt legte Saleh ein fraktionsinternes Papier vor, in dem er seinen umstrittenen Plan schon deutlich weicher formuliert. Man könnte auch sagen: Von einer allgemeinen Kita-Pflicht ist keine Rede mehr. Nach dem Willen von Saleh soll der Senat bis Ende des Jahres einen Gesetzentwurf vorlegen. Darin müsse sichergestellt werden, dass „alle Kinder ab einem Alter von drei Jahren verbindlich in den Berliner Kitas gebildet werden, soweit bei ihnen Sprach- oder andere Leistungsdefizite oder Auffälligkeiten festgestellt wurden oder eine solche feststellende Betrachtung nicht stattfand“.

Es geht also nicht mehr um alle Kleinkinder, sondern nur noch um jene, die mangelhaft Deutsch sprechen oder anderweitig auffällig sind – was auch immer das heißen mag. In seinem Entwurf legt Saleh nämlich ausdrücklich fest, dass „unauffällige Kinder“ von einem

verbindlichen Kita-Besuch befreit werden können. Eine solche Befreiung soll auf „auf Antrag der Sorgeberechtigten“ auch dann möglich sein, wenn die angestrebte frühkindliche Bildung „auf andere Weise“ sichergestellt wird. Was diese „andere Weise“ sein könnte, wird offen gelassen – und zwar mit Absicht, wie Oberg andeutet. Denn diesen Donnerstag will der Arbeitskreis Bildung der SPD-Fraktion erstmals über das Thema sprechen. „Uns geht es um die kleine Gruppe von Kindern, die zu Hause nicht gefördert und erzogen, sondern vor die Glotze gesetzt wird. Sie drohen ohne Kita-Besuch schon früh in der Schule zu scheitern“, sagt der Neuköllner SPD-Abgeordnete Joschka Langenbrinck.

Doch auch mit ihrem abgeschwächten Plan dürften die SPD-Bildungspolitiker auf Widerstand stoßen. Er würde nämlich bedeuten, dass alle Berliner Dreijährigen künftig zu einer so genannten Sprachstandsfeststellung erscheinen müssten. Solche Tests gibt es zwar bereits, allerdings erst für Kinder im Alter von mindestens vier Jahren. Im vergangenen Jahr wurden rund 1 100 Kinder, die noch keine Kita besuchen, zu solchen Sprachuntersuchungen eingeladen. 288 wurden von den Eltern aber gar nicht erst vorgestellt.

### **Zustimmung von der CDU**

Sprachtests für Dreijährige fordert neuerdings auch die CDU in ihrem Bundestagswahlprogramm. Wie diese Tests verbindlich durchgesetzt werden könnten und welche Maßstäbe für die Entwicklung der Kleinkinder gelten sollen, darauf gibt es bislang aber keine Antwort. Der Landes-CDU in Berlin scheint diese Passage im Wahlprogramm ihrer Bundespartei ohnehin ein wenig unangenehm zu sein, jedenfalls will sie sich auf die Debatte zurzeit nicht einlassen.

Fraktionschef Florian Graf sagt nur: „Gut ist, dass sich die SPD-Fraktion offenbar bereits von einer grundsätzlichen Kita-Pflicht verabschiedet hat.“ Graf will stattdessen die – vom Vorgängerserrat gerade erst abgeschaffte – Vorschule wieder einführen. „Einen Kitazwang wird es mit der CDU nicht geben“, bekräftigt auch der CDU-Chef, Innensenator Frank Henkel.

Nicht einmal von den Grünen kann Saleh Hilfe erwarten. Fraktionschefin Ramona Pop sagte, sie halte nicht viel von einer Kitapflicht. Pop führte vor allem verfassungsrechtliche Bedenken an. Stattdessen müsse das Kita-Angebot in der Stadt verbessert und die Suche nach einem Betreuungsplatz einfacher gemacht werden. (mit mak.)

## **AUCH INTERESSANT**

### **STADTBILD**

### **Streit um die richtige Sache**



### **KITA BERLIN**

### **Pflicht bei schlechten Deutschkenntnissen**